

---

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Bundesrats-Initiative für eine Länderöffnungsklausel zur Mietenregulierung durch Mietendeckel**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, durch eine Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass im Bundesrecht eine Regelung geschaffen wird, die es Ländern und Kommunen ermöglicht, von den Regelungen des sozialen Mietrechts des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Miethöhe bei Mietverhältnissen über ungebundenen Wohnraum auf angespannten Wohnungsmärkten mietpreisbegrenzend abzuweichen.

### ***Begründung***

---

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass dem Land Berlin die Gesetzeskompetenz für den Mietendeckel fehlt. Das Problem bezahlbarer Mieten bleibt aber aktuell.

Mit der Bundesratsinitiative soll der Senat für dieses Problem eine Lösung auf der zuständigen Bundesebene suchen.

Die Mietpreisbremse hat sich als unzureichend erwiesen, um dem drängenden Problem der Mietsteigerungen entgegenzuwirken. Die Länder sind nach dem Beschluss des BVerfG zum MietenWoG für die Preisbegrenzungen nicht zuständig. Nun steht der Bund nochmal besonders in der Pflicht, endlich wirksam tätig zu werden.

Berlin, 1. Juni 2021

Saleh          Spranger      Radziwill      Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Helm          Schatz          Gottwald  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek          Gebel          Schmidberger  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen